

28.03.2024

FREIE WÄHLER äußern Bedenken zur geplanten Einführung einer Verpackungssteuer und raten vorerst davon ab

Wie kürzlich in der Badischen Zeitung berichtet wurde, plant die Stadtverwaltung Freiburg in Anlehnung an das Modell der Universitätsstadt Tübingen die Einführung einer Verpackungssteuer. Die Freien Wähler stehen diesem Vorhaben kritisch gegenüber und äußern Bedenken hinsichtlich möglicher rechtlicher Unsicherheiten.

„Ähnlich wie bei den kürzlich durch das Bundesverwaltungsgericht abgelehnten Gebühren für das Anwohnerparken, besteht auch bei der Verpackungssteuer die Gefahr einer späteren Rückzahlungsverpflichtung“, befürchtet der Stadtrat und Jurist Dr. Johannes Gröger und fügt hinzu: „Die Rechtmäßigkeit der in Tübingen bereits eingeführten Verpackungssteuer ist noch nicht abschließend geklärt“. Zwar entschied das Bundesverwaltungsgericht im Mai 2023 zugunsten der Stadt Tübingen, dennoch ist eine endgültige Klärung noch ausstehend. Insbesondere eine Verfassungsbeschwerde eines betroffenen Unternehmens beim Bundesverfassungsgericht im September 2023 wirft weitere rechtliche Fragen auf, deren Ausgang derzeit ungewiss ist.

In Anbetracht dieser rechtlichen Unsicherheiten empfehlen die Freien Wähler mit einer Anfrage an den Oberbürgermeister, zunächst die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten, um möglichen Rückzahlungsdilemmata vorzubeugen, wie sie bereits beim Anwohnerparken auftraten. Außerdem wollen die Stadträte Dr. Johannes Gröger sowie Kai Vesper u.a. wissen, welche konkreten Vorstellungen und Pläne bezüglich der Einführung einer Verpackungssteuer in Freiburg vorliegen

Pressekontakt:

Stadtratsfraktion Freie Wähler Freiburg
Fraktionsgeschäftsführerin: Barbara Meyer
Rathausplatz 2-4, 79098 Freiburg

Telefon: 0761-201.1850
E-Mail: fraktion@freie-waehler-freiburg.de
www.fraktion-freie-waehler-freiburg.de